

Technologische Souveränität und Unabhängigkeit:

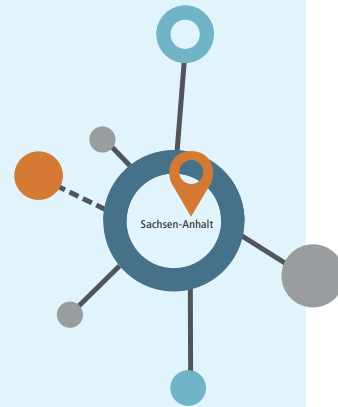
TECHNOLOGIE

Wir benötigen eine neue Rohstoffstrategie, die unsere Abhängigkeiten reduziert. Dazu ist es erforderlich, schon jetzt die Voraussetzungen für einen künftigen Rohstoffabbau, beispielsweise für Gips, Sand, Kiese und Kalk, in Sachsen-Anhalt zu sichern.

Technologische Souveränität bedeutet, selbst die Wahl zu haben, welche Technologien wir unter welchen Rahmenbedingungen einsetzen wollen. Der Struktur-

wandel in Sachsen-Anhalt bietet die Chance, neue Innovationen und Forschungskapazitäten zu schaffen.

Künstliche Intelligenz und Daten-Ökonomie spielen eine zentrale Rolle in der nachhaltigen Wirtschaft von morgen. Sachsen-Anhalt muss diese Technologien rechtzeitig nutzen, um neue und zukunftsfähige Wirtschaftsbereiche zu erschließen.



Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Jahr 2023

Vertrauen stärken, Beitragszahler schützen, Prüfrechte ausbauen

Nachdem die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt noch vor wenigen Jahren für politischen Forderungen nach Transparenz und strukturellen Reformen kritisiert wurde, ist heute ein klarer Trend der Zustimmung über gesellschaftliche und politische Grenzen hinweg deutlich erkennbar. Um diesem erkennbaren Willen weiterhin Ausdruck zu verleihen, werden wir uns im Landtag dafür einsetzen, eine „Enquete-Kommission“ ins Leben zu rufen. Sie soll sich vor allem mit

der strukturellen Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beschäftigen und diese hinterfragen.

Eine grundlegende Analyse der vorhandenen Strukturen muss erstellt werden, um eine valide Datengrundlage für Reformen zu schaffen. Ziel der CDU-Fraktion ist es, durch Nachhaltigkeit und bedarfsgerechte Strukturen das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückzugewinnen.

1 Als CDU-Fraktion fordern wir eine stringente Erfüllung des Kernauftrages von Information, Kultur, Unterhaltung und Bildung.

2 Eine Erhöhung der Rundfunkbeiträge lehnt die CDU-Fraktion strikt ab.

3 Wir begrüßen die im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag vorgesehene Stärkung der Kompetenzen und Rechte der Gremien innerhalb der Rundfunkanstalten, wie z. B. bei „Compliance-Richtlinien“.

4 Wir fordern von den Rundfunkanstalten Vorschläge zu einem nachhaltigeren Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Beitragszahler.

5 Das Online-Angebot der Rundfunkanstalten muss weiterhin in seiner aktuellen Struktur hinterfragt werden, um einen Marktvorteil der beitragsfinanzierten digitalen Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegenüber den Print-Medien zu verhindern.

Neues Jahr, neue Ziele – gewohnte Stärke und Konsequenz

Liebe Leserinnen und Leser,

spannende Zeiten liegen vor uns. Wir sind als CDU-Fraktion in der Verantwortung und der Pflicht, auf die politischen Fragen unserer Zeit die richtigen Antworten zu finden.

Während der traditionellen Winterklausur unserer Landtagsfraktion im Januar dieses Jahres debattierten die CDU-Abgeordneten gemeinsam mit unseren Mitgliedern der Landesregierung unter anderem zur Lage unserer Bildungslandschaft, zur Überwindung der aktuellen Energiekrise, über die verschiedensten Unsicherheiten für unsere Wirtschaft aufgrund von fehlgeleiteter Bundespolitik der Ampelregierung und die rasanten Entwicklungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den vergangenen Monaten.

Wesentliche Ergebnisse der Klausur haben wir in diesem Sondereinblick zusammengetragen.

Nur gemeinsam mit Ihnen, dem Rückgrat und der Basis unserer Partei, können wir die richtigen Strategien entwickeln und unsere Heimat weiter nach vorne bringen. Wir freuen uns auf einen gemeinsamen Gedankenaustausch.

Ihr

Guido Heuer
 Fraktionsvorsitzender

BILDUNG

Handlungsrahmen erweitern, Versorgungssituation verbessern

Grundlegende Anpassungen bilden den Handlungsrahmen der CDU-Fraktion für künftige bildungspolitische Entscheidungen:

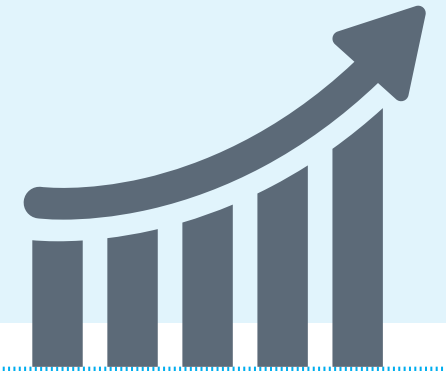
- Eine verbindliche Schullaufbahnpflicht wird eingeführt.
- Die Unterrichtszeit der Grundschullehrkräfte am Kind beträgt eine Stunde mehr als bisher.
- Die Öffnungszeiten der Grundschule werden flexibilisiert. Ziel ist es, Öffnungszeiten von mehr als 5,5 Stunden zu ermöglichen.
- Die Schulsozialarbeit wird dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zugeordnet.
- Horte werden dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung angegliedert.
- Die im Koalitionsvertrag anvisierte Unterrichtsversorgung wird weiterhin mit oberster Priorität verfolgt. Die notwendigen Schritte hierfür müssen dabei im Sinne einer nachhaltigen Ressourcenverwendung erfolgen.



WIRTSCHAFT

- **Absenkung der Stromsteuer** im Einklang mit europäischen Vorgaben von 2,05 auf 0,05 ct/kWh. Dies entlastet die deutsche Wirtschaft um 3 Mrd. Euro.
- **Aussetzung des Zertifikatehandels** auf EU-Ebene und der anstehenden Erhöhung des CO₂-Preises.
- **Absenkung der Mehrwertsteuer** von 19 auf 7 Prozent bei Strom und Treibstoffen. Einführung eines Industriestromtarifs.
- **Zeitweise Bürokratieentlastungen** auf EU- und Bundesebene (Aussetzung von Statistikpflichten, Lieferkettengesetz, Taxonomieverordnung, REACH-Verordnung, Entsendeverordnung).
- **Verlässliche Anreize für Investitionen** der Unternehmen in Klimatechnologien zum Beispiel durch steuerliche Abschreibungen. (siehe auch Weimarer Erklärung der CDU: <https://www.cdu.de/artikel/wirtschaftspolitik-energiepolitik-und-klimapolitik-als-einheit-verstehen>)

- **Verlässlichkeit beim Strukturwandel:** Die zugesagten Großprojekte des Bundes, wie der Bau neuer Großforschungseinrichtungen, der Ausbau des Fraunhofer-Standorts in Leuna (Wasserstoffverbund-region Leuna-Bitterfeld) sollten realisiert werden.
- Bei Ersatzneubauten, Erweiterungen und unwesentlichen Änderungen, wie Sanierungen, wollen wir das **Planfeststellungsverfahren durch das einfache Anzeigeverfahren ersetzen.**
- **Qualifizierte Zuwanderung statt Einwanderung in die Sozialsysteme** durch berufliche Bildung und Qualifikation, die ausländischen Fachkräften den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt erleichtern.



Wirtschaft, Energie, Technologie

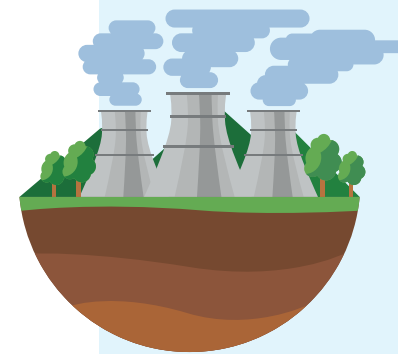
Krise meistern, Wachstum stärken, Wohlstand sichern

Die grüne Energiewende hat ihren ersten Stresstest nicht bestanden. Entgegen der Situation in anderen Ländern Europas, befindet sich Deutschland wegen der selbst verursachten Energiemangellage seit Monaten in einem ökonomischen Krisenmodus. Explodierende Preise für Strom, Gas, Öl und Rohstoffe stellen auch die Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor ungeahnte Herausforderungen. Diese Herausforderungen bedürfen eines entschlossenen und aktiven politischen Handelns auf Bundesebene.

Sachsen-Anhalt hat sich in den zurückliegenden Jahren zu einem der Top-Investitionsstandorte im Herzen Europas entwickelt. Allerdings droht der mühsam aufgebaute wirtschaftliche Aufschwung durch das zögerliche und ideologische Agieren der Ampel-Regierung in Berlin verspielt zu werden. Insbesondere verschärfen die Grünen in der Bundesregierung die bisherige Krisensitua-

tion. Unserer Volkswirtschaft droht mitten in der Krise ein ideologisch motivierter Umbau, der eine De-Industrialisierung, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und eine Belastung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft nach sich ziehen wird. Diese Entwicklung muss gestoppt werden!

Aus Sicht der CDU-Fraktion muss Deutschland weiterhin ein Industrieland bleiben. **Wir setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente, auf Forschung und Innovation sowie auf einen nachhaltigen Ansatz für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft.** Wir wollen einen ideologiefreien, technologieoffenen und am Stand der Technik orientierten Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu einer dekarbonisierten Stromerzeugung. Dafür bedarf es vertretbarer Übergangsfristen und keiner grünen Schnellschüsse.



ENERGIE

Wir stehen für eine Politik, die alle verfügbaren Energiequellen ans Netz bringt. Dazu gehört auch die Nutzung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke, solange, wie sie für die Absicherung einer klimaneutralen Grundlast nötig sind. Dafür ist die sofortige Bestellung neuer Brennstäbe erforderlich, damit die Kraftwerke noch im kommenden Winter zur Versorgungssicherheit und Preisdämpfung beitragen können.

Der gesamtgesellschaftliche Konsens des Kohleausstiegs im Jahre 2038 ist nicht verhandelbar! Sachsen-Anhalt braucht die Zeit für einen geordneten Strukturwandel. Unsere Kohle sorgt für eine sichere und preisstabile Grundlastsicherung in ganz Deutschland.

Wir brauchen eine technologieoffene Förderung von Forschung und Entwicklung für neue Speichertechnologien, die Kernfusion, für Wasserstoff und für synthetische Kraftstoffe (E-Fuels).